

## Elektronische Lohnsteuerkarte: Telefonstau in den Finanzämtern

Mit großer Verärgerung stellt die DSTG NRW fest, dass es bei der Einführung der elektronischen Lohnsteuerkarte zu deutlichen Mehrbelastungen bei den Bürgerinnen und Bürgern des Landes, aber auch bei den Beschäftigten der Finanzämter, kommt.

Bereits seit 2011 erhalten die Bürgerinnen und Bürger von ihren Kommunen keine Lohnsteuerkarten mehr. Stattdessen werden die entsprechenden Daten in einem zentralen Register verwaltet. In diesen Tagen erhalten 8 Millionen Arbeitnehmer in NRW Briefe von ihren Finanzämtern, mit denen sie um Überprüfung der gespeicherten Lohnsteuermerkmale gebeten werden.

"Seitdem melden die Finanzämter Land unter", fasst Manfred Lehmann, Landesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) in NRW, zusammen. "Schon die Bearbeitung der Veränderungen, die seit Anfang des Jahres in den Finanzämtern aufgenommen werden, stellt eine enorme Zusatzbelastung dar. Die Besucherzahlen in den Finanzämtern haben sich verdoppelt."

Mit den versandten Schreiben werden jetzt nahezu täglich neue Fehler offenbart. Regelmäßige Freibeträge sind gespeichert, werden aber nicht mitgeteilt. Lohnsteuerklassen werden in einigen Fällen ohne Antrag abgeändert, zwischenzeitlich vermerkte Änderungen sind nicht ausgewiesen. In den Finanzämtern des Landes gehen jeden Tag Hunderte von Anrufen ein, mit denen die Richtigstellung falscher Daten beantragt wird.

Lehmann dazu: "Die Fehlerliste ist noch viel umfassender und verlängert sich täglich. Jetzt müssen Bürger und die Beschäftigten in den Finanzämtern mal wieder ausbaden, was im Vertrauen auf unausgeorene Automationsprojekte angerichtet wurde. Angesicht der knappen Personalausstattung erwarten wir, dass derartige Großprojekte komplett und funktionsfähig ausgearbeitet sind, bevor sie auf Bürger und Finanzverwaltung losgelassen werden. "

Die DSTG NRW bittet die Bürgerinnen und Bürger um Verständnis, wenn derzeit die telefonische Erreichbarkeit der Finanzämter schwierig sein sollte. Es sind eigens Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgestellt, um die Abarbeitung der Änderungswünsche zu beschleunigen.

Düsseldorf, 26.10.2011